



## **Ergebnispapier Berlin-Forum 7. Dezember 2022**

**Gekommen, um erst mal zu bleiben**

**Die Geflüchteten aus der Ukraine haben Berlin verändert – jetzt brauchen sie neue Perspektiven**

**Ergebnispapier für das Berlin-Forum am 7. Dezember 2022**

Berlin Forum  
c/o Stiftung Zukunft Berlin  
Koordination: Anett Szabó  
Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 263 92 29-14  
szabo@stiftungzukunftberlin.eu  
[www.berlinforum.berlin](http://www.berlinforum.berlin)

### **I. Ergebnisse**

Das Berlin-Forum hat im Ergebnis vier dringende Forderungen formuliert, die angesichts einer krisenhaften Situation sofort auf die politische Agenda gehören:

- In Berlin müssen geflüchtete Ukrainer:innen derzeit zu sieben Ämtern gehen, die jeweils für unterschiedliche Belange zuständig sind. Jeweils neu müssen in jedem Amt alle persönlichen Daten eingebracht und nachgewiesen werden. Als Beispiel: In Wien ist es *ein* Amt. Deshalb muss jetzt dringend und zeitnah in Berlin ein geschützter Datenraum eingerichtet werden, auf den alle zuständigen Ämter Zugriff haben. Dies ist als Pilotprojekt zu organisieren. Der zivilgesellschaftliche Verein DiBCoE e.V., der eng mit geflüchteten Ukrainer:innen zusammenarbeitet, ist bereit, hier mitzuwirken.
- Die Anerkennungsverfahren für Berufsabschlüsse sind viel zu kompliziert, undurchsichtig und langwierig. Hier muss dringend ein transparentes und effektives Verfahren eingerichtet werden. Zurzeit geht viel Fachkompetenz verloren. Drängendstes Beispiel: Es gibt viele ukrainisch- bzw. russisch-sprechende geflüchtete Psycholog:innen, die die dringend notwendige Traumabehandlung für Geflüchtete anbieten könnten. Hier muss ein Schnellverfahren zur Anerkennung der Qualifikationen eingerichtet werden.
- Ukrainische Studierende und Wissenschaftler:innen brauchen mittelfristige Stipendien (3-5 Jahre), um ihre Qualifikationen in Berlin einbringen zu können und gleichzeitig befähigt zu werden, sich nach Rückkehr in die Ukraine dort – weiterqualifiziert – einzubringen. Durch solche Projekte kann ein zukunftsorientierter wissenschaftlicher Dialog zwischen Berlin und ukrainischen Universitäten jetzt schon initiiert werden.
- Eine Informations- und Austauschplattform für ukrainische Studierende und Wissenschaftler:innen ist notwendig und soll kurzfristig aufgebaut werden.



## II. Zur Gesamtsituation

Deutschland befindet sich im nun auslaufenden Jahr 2022 im Krisenmodus. Krieg in der Ukraine, Anstieg der Geflüchtetenzahlen, Energiemangel, Inflation und der Klimawandel hatten starken Einfluss auf alle gesellschaftlichen Entwicklungen – und zwar nicht einzeln und getrennt voneinander, sondern insgesamt und in wechselseitiger Beeinflussung.

Berlin als Hauptstadt ist insbesondere durch die Fluchtbewegungen aus Osteuropa aufgrund seiner Lage und seiner Bevölkerungsstruktur noch viel stärker betroffen als andere Regionen. Berlin ist Anziehungspunkt für die neu ankommenden Menschen, ihre Weiterverteilung im Bundesgebiet ist im Unterschied zu früheren Jahren nur schlecht gelungen – was neben einer gewissen Zögerlichkeit anderer Bundesländer auch damit zu tun hat, dass speziell die Geflüchteten aus der Ukraine bislang noch nicht von einer längeren Bleibeperspektive ausgingen und die Nähe zu Communities aus Landsleuten suchten.

Inzwischen zeigen sich Problemlagen, die der Aufmerksamkeit bedürfen:

- Das Angebot der Privatunterkünfte läuft zunehmend aus. Es entstehen Spannungen in der Flüchtlingshilfe aufgrund des unterschiedlichen Status der ukrainischen Geflüchteten und Geflüchteter aus anderen Ländern.
- Ukrainische Geflüchtete leben mental in zwei Welten: hier in Berlin und durch die Informationen aus der Heimat parallel auch in der ukrainischen Kriegssituation. Dies führt zu andauernder Traumatisierung und Erschöpfung.

Die besondere Problematik für Berlin gilt es nüchtern wahrzunehmen und daraus Überlegungen und Konsequenzen für das Jahr 2023 abzuleiten. Zumal gleichzeitig gilt: Die Menschen aus der Ukraine sind häufig gut qualifiziert und kulturell schnell integriert. Sie haben Berlin verändert und sie sind für Berlin eine kulturelle Bereicherung. Sie können auf dem Arbeitsmarkt in Branchen für Entlastung sorgen, wo auch Berlin Defizite hat. Chancen und Belastungen stehen also nebeneinander und es ist an der Zeit, dass sich die Stadtgesellschaft dessen bewusster wird.

Die Geflüchteten sind aus einer akuten Notsituation heraus gekommen. Sie werden jetzt aber für die nähere Zukunft keine andere Möglichkeit haben, als in Berlin zu bleiben. Deshalb darf inzwischen nicht mehr nur in vorübergehenden Notmaßnahmen gedacht werden. Berlin braucht – zumal angesichts weiterer sich abzeichnender Zuwanderung aus der Ukraine - jetzt eine durchdachte Aufnahme- und Integrationsstrategie.



### III. Drei Themenbereiche

Drei Themenbereiche stehen besonders im Fokus:

#### 1. Die soziale Situation

Berlin hat 2022 – je nach Schätzungen – zwischen 40 000 und 70 000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen, sehr viele davon sind privat untergekommen. Zu nennenswerten sozialen Konflikten ist es nicht gekommen, aber mit der Dauer des Krieges und dem entsprechenden Zerschlagen von Rückkehrerwartungen verstärken sich doch die alltäglichen Probleme. Diese Neubürger:innen werden erst einmal bleiben, das ist jetzt klar. Dann muss die Stadtpolitik ab jetzt aber auch mit ihrer dauerhaften Präsenz rechnen und die Stadt entsprechend aufstellen.

Daraus ergeben sich Herausforderungen vor allem für das Betreuungs-, Bildungs- und Gesundheitssystem. Die Senatsverwaltungen sollten unbedingt im neuen Jahr kurzfristig bei den Sozialverwaltungen und den sozialen Trägern abfragen, wo die Überforderungen und Engpässe liegen und entsprechende Konzepte vorlegen. Gleichzeitig darf aber auch nicht länger übersehen werden, dass die aus der Ukraine kommenden Menschen eben nicht eine homogene Gruppe sind. Es muss insbesondere gezielte Aufmerksamkeit geben für Menschen nicht-ukrainischer Staatsbürgerschaft, die zuletzt aber in der Ukraine wohnten und jetzt nach Deutschland gekommen sind. Ein drängendes Problem angesichts der Kriegsdauer sind inzwischen auch die unbegleiteten jugendlichen Geflüchteten, die nunmehr dauerhaft in der Stadt bleiben werden.

Drei konkrete Punkte:

- Ukrainische Geflüchtete brauchen zügigen Zugang auch zu psychosozialen Hilfen wie Beratung und Therapie aufgrund der Kriegsfolgen (z.B. Traumatisierung, Sorge um Angehörige)
- Ukrainische Geflüchtete haben wie andere Geflüchtete sehr viele Kompetenz in der Selbsthilfe und Selbstorganisation. Diese sollte stärker gefördert und beachtet werden.
- Aus den positiven Erfahrungen der Statusregelung für ukrainische Geflüchtete sollten Konsequenzen für andere Geflüchtetengruppen gezogen werden. Dieser Status verbessert deutlich die Integrationschancen.

#### 2. Das Beispiel junger Wissenschaftler:innen aus der Ukraine

Die Problematik für die nächsten Jahre wird besonders deutlich anhand der Situation junger Wissenschaftler:innen. Die unmittelbare Aufnahme mit den praktischen Problemen hat vielfach gut funktioniert. Aber es gibt administrative Hürden, zum Beispiel im Zusammenhang mit der



Anerkennung von Zeugnissen. Und es fehlen organisierte Einstiegschancen und Projekte.

Notwendig ist erstens ein klares Prüfungssystem. Zitat eines Betroffenen: „Wenn Geflüchtete sich darüber im Klaren sind, welche Schritte sie unternehmen müssen, um ihre Qualifikationen nachzuweisen, ist das schon die halbe Miete.“ Als Vorbild können dabei die Erfahrungen dienen, die bereits bei der Anwerbung von medizinischen Fachkräften gemacht worden sind. Zweitens sind effektive Sprachkurse notwendig, die auf die jeweilige Fachsprache abgestimmt sind.

Von ukrainischen Wissenschaftler:innen selbst wurde angeregt, eine Internetplattform für den Austausch untereinander zu gründen.

Und es braucht ein mittelfristiges Förderprogramm, das es jungen Wissenschaftler:innen ermöglichen, sich in Berlin 3-5 Jahre weiter zu qualifizieren, um anschließend ihr Wissen und ihre Fähigkeiten beim Wiederaufbau in der Ukraine einbringen zu können. Der Förderfonds Wissenschaft in Berlin bemüht sich zurzeit gemeinsam mit anderen Stiftungen, sich einen Überblick über unterschiedliche Möglichkeiten für mittelfristige Förderprogramme zu schaffen und die Möglichkeiten für die Einrichtung weiterer Programme zu prüfen.

### 3. Die Probleme der Verwaltung

Wenn Geflüchtete nach Berlin kommen, erleben sie vielfach außergewöhnliche Hilfsbereitschaft von Bürger:innen und Organisationen. Wenn es allerdings darum geht, die vielen verschiedenen Behördengänge zu erledigen, beginnt für die meisten eine unerträgliche Odyssee. Immer wieder werden die gleichen persönlichen Daten abgefragt, Dokumente verlangt – zumeist in Papierform. Dringend nötige Sozialleistungen verzögern sich, und das in emotional ohnehin äußerst angespannten Lagen.

Die Ursache liegt darin, dass Berliner Behörden heute untereinander nicht genügend abgestimmt sind und nicht gemeinsam behördenübergreifend Prozesse und Datenaustausch festlegen. Andere europäische Städte oder Länder wie Wien und Dänemark, aber auch die Ukraine haben Beispiele, wie es auch besser geht. In der Ukraine gibt es *eine* App für die Bürger:innen, mit der alle Behördenangelegenheiten geregelt werden können!

Notwendig ist:

- Unter der Führung der Senatskanzlei sollte eine behördenübergreifende Prozessanalyse stattfinden, bei der heutige Prozesse dokumentiert, Schwachstellen identifiziert und Verantwortliche für Lösungsfindungen festgelegt werden. Ausgangspunkt



der Prozessanalysen sollte stets die Nutzer:innenperspektive sein:  
Welche Bedarfe haben Geflüchtete und welche Wege müssen sie dazu heute tatsächlich gehen?

- Unter der Führung der Senatskanzlei und in Kooperation mit Vertretern der Zivilgesellschaft (zB. DiBCoE e.V.) sollten Lösungen anderer europäischer Städte auf Nachnutzung geprüft werden.
- Kurzfristig muss als dringendes Pilotprojekt ein geschützter Datenraum eingerichtet werden, in den die Geflüchteten alle relevanten persönlichen Daten eingeben können. Alle zuständigen Behörden müssen Zugriff auf diesen Datenraum bekommen. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die datenschutzrechtlichen Probleme lösbar sind.